

Nachdenken in München

Blog des NachDenkSeiten-Gesprächskreises München

Meine Süddeutsche

Ludger Elmer · Mittwoch den 18. Februar 2015

Mein medialer Einstieg in den Tag erfolgt über die SZ, genauer gesagt über deren Sportteil. Die Sport-Redakteure berichten über die Hintergründe der Ereignisse und erklären, warum die Ergebnisse, der Sieg der Bayern und die Niederlage des BVB so kommen mussten. Sie haben die sog. 1:0-Berichterstattung („Das 1:0 erzielte Robben in der 65. Minute nach einer Ecke von Rechts“) überwunden, sie fragen und bewerten, sie kommentieren und ordnen ein.

Nach einem kurzen Überfliegen des lokalen Teils (wann tagt der BUND-Natur, was kommt im Kino, was hat die Sitzung des Gemeinderats ergeben) lande ich im Feuilleton-Teil. Hier finden sich oft aktuelle politische und gesellschaftlich orientierte Themen, die sich z.B. mit den soziologischen Hintergründen von PEGIDA, mit dem Verfall der amerikanischen Mittelschicht, den Gefahren der Digitalisierung und von Big Data, der Würdelosigkeit eines Hartz IV-Lebens oder den Gründen für die vielen toten Flüchtlinge im Mittelmeer auseinandersetzen. Ja, all diese Artikel stehen im Feuilleton, das laut [Wikipedia](#) „einen publizistischen Zweig, ein Ressort in der Zeitung, eine bestimmte literarische Gattung oder eine journalistische Darstellungsform“ bezeichnet. Obwohl diese Themen also besser im politischen oder im wirtschaftlichen Teil aufgehoben wären, bin ich froh, dass es sie gibt – sie bereichern die SZ, weil sie meistens sehr kritisch die Verfassung unserer Gesellschaft beleuchten.

Wie ist es nun mit Politik und Wirtschaft in der SZ bestellt? Ich greife mal ein Beispiel heraus aus der Ausgabe vom 20.1.2015. Die Zeitung macht auf mit der Schlagzeile „Soziale Ungerechtigkeit wächst rasant“. Der Artikel beruft sich auf die Organisation Oxfam und untertitelt: „Ein Prozent der Weltbevölkerung wird 2016 die Hälfte des gesamten Wohlstands besitzen. Obama will Reiche höher besteuern.“ Der Beitrag führt aus, „die Ungleichheit sei nicht nur unmoralisch, sondern eine Gefahr für Demokratie, sozialen Frieden und Ökonomie.“

Und weiter:

„ Die Warnungen vor der Sprengkraft sozialer Ungerechtigkeit mehren sich. Nach aktuellen Berechnungen der UN-Arbeitsorganisation ILO wird die Zahl der Arbeitslosen weltweit in den nächsten fünf Jahren steigen, um 11 auf 212 Millionen. 31 Millionen haben laut ILO seit der Finanzkrise 2008 ihren Job verloren. Gerade die Arbeitslosigkeit sei es, die die soziale Ungleichheit verstärke. Vor allem in den hoch entwickelten Ländern weite sich die ungleiche Einkommensverteilung aus, in ärmeren Staaten und vielen Schwellenländern verharre sie auf hohem Niveau.“

In den USA sieht das so aus:

“Dafür ist der Anteil der Reichen am Einkommen ... laut Oxfam so hoch wie vor der großen Depression von 1929 nicht mehr. Das kann als Folge der Deregulierungspolitik gelten, die in den 1980-Jahren von Präsident Ronald Reagan eingeführt wurde und die davon ausging, dass Vorteile für die Reichen zu den Armen durchsickern. Das jedoch ist nicht passiert, im Gegenteil. 2009 besaß ein Prozent der Weltbevölkerung laut Oxfam 44 Prozent des Wohlstands. Fünf Jahre später waren es 48 Prozent, bald sollen es 50 sein. 80 Prozent der Menschheit müssen sich 5,5 Prozent des Reichtums teilen.“

Da taucht also ein neoliberales Argument auf, die „Trickle-Down-Theorie“. [Wikipedia](#) schreibt darüber:

„Der Begriff Trickle-down-Theorie (englisch trickle ‚sickern‘), auch (englisch Horse and Sparrow Economics ‚Pferd und Spatz Ökonomie‘), im deutschen Sprachraum Pferdeäpfel-Theorie, bezeichnet die These, dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden (Trickle-down-Effekt). Sie wurde von David Stockman als synonyme Bezeichnung für angebotsorientierte Wirtschaftspolitik eingeführt.

Führende Ökonomen, unter anderem die zwei Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Paul Krugman und Joseph E. Stiglitz, bezweifeln den Wahrheitsgehalt der Theorie heute.

So sagte Paul Krugman 2008 dazu: „Wir warten auf diesen Trickle-down-Effekt nun seit 30 Jahren – vergeblich.“ Ähnlich bezweifelte Joseph E. Stiglitz 2012, dass „[...] an der sogenannten Trickle-down-Theorie [...] ein Quäntchen Wahrheit wäre.“ 2013 stellte Papst Franziskus in seinem apostolischen Schreiben fest, dass die nie bestätigte Trickle-down-Theorie ein undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus[drücke], die die wirtschaftliche Macht in Händen halten, wie auch auf die vergötterten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems.“

Im Wirtschaftsteil der Ausgabe vom gleichen Tag finde ich von Nikolaus Piper einen Kommentar zum Thema. Überschrift „Reich und Arm – Global gerecht“.

Mein erster Gedanke, das ist eine Provokation. Dann lese ich doch und werde – zunächst – schlauer. Piper relativiert:

„Der exorbitante Vermögenszuwachs seit 2010 ... ist vor allem Folge des Börsenbooms. Sinken die Aktienkurse wieder, dann sinkt auch das Vermögen der Reichsten. So war es auch nach der Internetblase im Jahr 2000.“

Piper beschreibt die ungerechten Zustände in Indien („die Slums der Zurückgebliebenen“), in China („die Wanderarbeiter haben nichts vom Luxus in Shanghai oder Peking“) und in den USA („die Mittelschicht, die ihre Grundlage verliert“). Er wendet sich aber gegen höhere Steuern auf Einkommen und Vermögen. Ungleichheit könne man nicht bekämpfen, indem man die Reichen bestrafe. Er verweist auf Jobs und bessere Bildung für arme und reiche Länder. Zur Trickle-Down-Theorie bezieht er keine Stellung.

Zurück zum Feuilleton: Die vorletzte Seite enthält die Rubrik „Forum & Leserbrief“. Ich habe diesen Teil schätzen gelernt, denn es findet sich hier meistens ein großes Meinungsspektrum zu den offiziellen Artikeln und Kommentaren der letzten Tage, am 13.2., Seite 17 zum Thema Ungleichheit.

[Helmut Thome](#) aus Halle (Saale) bemerkt, dass „der Zuwachs des Reichtums in der Spitze nicht linear, sondern oszillierend, aber seit den 1980-Jahren in vielen Ländern mit einer Entwicklungsrichtung nach oben“ verlaufe.

Und zum Thema Bildung fügt er interessante Gedanken hinzu:

„Sollte es nicht ein bisschen skeptisch stimmen, dass es in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten in Deutschland eine erhebliche Bildungsexpansion, gleichzeitig aber auch einen deutlichen Zuwachs der Einkommens- und Vermögensungleichheit gegeben hat? ... Vielleicht sollte man also doch noch einmal darüber nachdenken, was „mehr Bildung“ tatsächlich leistet und welche anderen Maßnahmen (auch bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, Erbschaften und Vermögen) benötigt werden, um die Ungleichheit langfristig einzudämmen.“

Ein weiterer Leser, [Bruno Heidlberger](#) aus Berlin, äußert sich zum Einwand von Piper, man dürfe die Reichen nicht mit höheren Steuern bestrafen.

„Ich würde dies nicht „Strafe“, sondern Gerechtigkeit nennen. Man könnte es auch fair nennen. Ihr Reichtum hat auch einen Grund in der Armut der Armen, den niedrigen Löhnen, der Kinderarbeit, der Umweltverschmutzung, den Kriegen, der Staatsverschuldung.“

Zweifellos, Nikolaus Piper ist ein „neoliberaler“ Journalist. Die sozialen Argumente fallen ihm nicht so häufig ein. Aber ich will die Neoliberalen verstehen. Nur dann kann ich ihnen widersprechen.

Gibt es nur noch 1,5 nicht-neoliberale Journalisten in der SZ, wie der Münchner Philosoph Michael Hirsch unlängst bemerkte? [Silvia Liebrich](#) hat in den letzten Monaten eine Reihe von kritischen Artikeln zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP geschrieben. Aber es liegt mir fern, irgendetwas gegeneinander aufzurechnen.

Wenn es früher „Der Spiegel“ war, der die wirkliche vierte Gewalt mit vielen Recherchen darstellte, so ist es heute die Zusammenarbeit von NDR, WDR und SZ, die die großen Enthüllungen liefert, wie die [Machenschaften der Bank HSBC](#), wie die [Steuertricks der Großkonzerne](#) oder die [Vermögensverschiebungen in die weltweiten Steueroasen](#).

Viel Ermittlungsarbeit ist gefragt im Sport, wenn ich an das Thema Doping denke. Auch hier ist die SZ mit Kurt Kister und Hans Leyendecker, so mein Eindruck, führend, gemeinsam mit dem ZDF (!).

Es gibt Stimmen, die sagen, in zehn Jahren würde es von den großen Zeitungen nur noch Wochenendausgaben geben. Ich hoffe, dass es zusätzlich die SZ-Montagsausgabe geben wird – damit ich auch zum Wochenbeginn mein Frühstück genießen kann.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 18. Februar 2015 um 19:44
in der Kategorie: [Allgemeines, Gesellschaft](#).

Kommentare können über den [Kommentar \(RSS\)](#) Feed verfolgt werden.

Du kannst ein [Kommentar](#) abgeben oder erstelle einen [Trackback](#) dieses Beitrages auf deine Webseite.